

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3600-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

10 Pf. - Nr 578 - B 286

Berlin

MONTAG, 8. DEZEMBER 1930

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Mich. Berlin. Anzeigen-Preise: nm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: nm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verhältnissätze für Anzeigen in einer bestimmten Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

ABEND-AUSGABE · V

Fünf Todesurteile in Moskau

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MOSKAU, 8. DEZEMBER

Seute nacht um 12 Uhr wurde das Urteil im Ramin-Prozess verkündet. Es wurden verurteilt die Angeklagten Ramin, Zarifsch, Kalinifow, Tscharnofski und Fedotow zum Tode, die Angeklagten Dichtin, Stinin und Kuprijanow zu je 10 Jahren Zuchthaus. Die Angeklagten können binnen 72 Stunden ein Obengesuch an das Zentralratskollegium richten. — Das Urteil wurde mit Hochrufen und Beifallsrufen aufgenommen.

Die Urteilsbegündung hob hervor, daß in gefälliger Sitzung bezüglich der Beziehungen der Industriepartei zu französischen Agenten die Anklage ihre volle Bedeutung gefunden habe. In der Anklageschrift wurden Ramin und Kalinifow, denen Spionage für Frankreich zum Vorwurf gemacht worden war, als Angehörige des amtlichen französischen Spionagesbüros bezeichnet worden. So nun in dem Urteil ausdrücklich betont wird, daß alle Punkte der Anklage als erwiesen zu betrachten seien und der Sowjetregierung von dieser Tatsache Mitteilung gemacht werden soll, so ist anzunehmen, daß in der nächsten Zeit diplomatische Schritte der Moskauer Regierung in Paris erfolgen werden, die sich mit den hintergründigen des Prozesses befähigen.

*

Das Moskauer Urteil ist in keinem seiner Teile eine Uebertragung. Nachdem in der russischen Öffentlichkeit die Sozialenligiertheit der Angeklagten als so ungeschener gefürchteter angesehen worden war, wie es die Anklageschrift gegen hatte, mußten, wenn die beschuldigte Wirkung des Prozesses eintreten sollte, wenigstens die Hauptangeklagten zum Tode verurteilt werden. Daß aber an sich diese Todesurteile nicht das Beweiskriterium für die Sowjetregierung sind, geht aus der besonderen Betonung hervor, die die Urteilsbegündung auf die Stellung der Angeklagten Ramin und Kalinifow als französische Agenten legt. Wenn man sich auch in Moskau von etwelchen diplomatischen Schritten in Paris kaum eine große praktische Wirkung versprechen wird, so bildet doch der außenpolitische Teil der Urteilsbegündung den wesentlichen Hintergrund für die Sowjetregierung. Man hat angefaßt der Wirtshaus und Schwärzereien in der Wirtschaftspolitik jetzt einen neuen „gerichtsärztlichen“ Sündenbock: das kapitalistische Ausland. Das war der Sinn des Prozesses, wenn die Taktik der Ablenkung überhaupt einen Sinn haben kann.

Wirtschaftlicher Chintshuk in Berlin eingetroffen

Seute früh traf, aus Moskau kommend, der neue russische Botschafter Des Chintshuk am Bahnhof Friedrichstraße ein. Zum Empfang waren außer dem russischen Sowjet-Botschafter Botschafter Protman-Protoloff mit seinem Vizebotschafter der Chef der Protokollabteilung Dr. Graf Franz Zakschoff und Herrn der Außenabteilung des Auswärtigen Amtes erschienen.

*

Der jetzige Botschafter ist 1868 in Pottawa geboren. Er wurde schon als Schüler wegen politischer Betätigung vom Gymnasium ausgeschlossen und bereitete sich durch Privatstudien auf den Besuch einer ausländischen Universität vor, da ihm als Juden und relegierten Gymnasialisten die russischen Hochschulen verfallen waren. Nach Beendigung seiner Militärdienstzeit ging er nach der Schweiz, studierte in Bern Philosophie und blieb mehrere Jahre im Ausland. Nach Auslands zurückgekehrt, schloß er sich der sozialistischen Bewegung an, wurde 1893 nach Sibirien verbannt und auch später öfters verbannt.

Nach Zeit des Zusammenbruchs des Zarenregimes gehörte er auch den Sozialisten an, trat aber bald zu den Bolschewisten über. Er hat die Sowjetregierung als Handelsvertreter in London und auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf im Jahre 1927 vertreten. Seit dem gleichen Jahre war er Stellvertreter der Sowjetminister für Innen- und Außenhandel. Wegen seiner sozialistischen Vergangenheit spielte Chintshuk in der politischen Sowjet-Hierarchie nie eine größere Rolle, dagegen gilt er als einer der besten Wirtschaftler der Partei.

Gegen Wirth und Curtius

Rechtsgruppen verlangen Kabinetts-Umbildung

Die 36 Stimmen, mit denen nach dem endgültigen Ergebnis der Abstimmung am Sonnabend die Wirtshausanträge abgelehnt wurden, sind die effektive Mehrheit, mit der das Kabinetts-Umbildung in dem Reichstag vom 14. September auch für die nächste Zukunft rechnen darf. Kleine Schwankungen nach unten oder nach oben werden sich selbstverständlich stets ergeben; denn abgesehen von den Stützen auf den Fraktionsräten, die durch Stabilität oder Unabwieslichkeit bedingt werden, ist auch die Kraftlosigkeit der Fraktionen selbst bei den wichtigsten Abstimmungen nicht immer vorhanden. Am Sonnabend hat auf der äußersten Rechten, bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen, nur ein einziger Abgeordneter gefehlt. Aber von der sozialdemokratischen Fraktion haben sich neun Abgeordnete, die der Fraktion nicht folgen wollten, bei der Abstimmung nicht beobachtet, daß bei Abänderungen sich wieder ausgesprochen haben (darunter Dr. Brub, der Wirtschaftspartei vier Stimmen ausließen (darunter Dr. Colfer, Colfer und Germann), bei der Fraktion des Landvolks fünf Stimmen (darunter Dr. Gerke und Schlang-Schöningen). Dabei spielte kein Zufall mit, es war ein bewußtes Fortbleiben. Am Tage zuvor hatte Dr. Gerke zum Landvolk seine heftige Mißtraue gegen die Regierung geäußert, die den Reichsanwalt für den schärferen Abwehr veranlaßt, aber immer wieder über es nach vier seiner Fraktionsgenossen gehen, das Kabinetts-Umbildung ernstlich zu gefährden.

Nicht jeder Fraktionsredner sagt von der Bühne des Reichstages das, was er meint. Freilich wird überall die Taktik so bis zur Unaufrichtigkeit getrieben wie bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen, die sich seit September für befohrte Anhänger der Weimarer Verfassung ausgeben, als eiferstige Anhänger der Weimarer Verfassung. Aber auch jene Gruppen der Reichstages, die jeden Tag erneut den eiferstigen Reichstages fordern und sich so gebären, als könnten sie den Tag kaum ertragen, an dem die Nationalsozialisten das deutsche Schicksal in ihre gefährlichen Hände nehmen, prellen doch nur deshalb so weit vor, weil sie glauben, sich darauf verlassen zu können, daß das Zentrum ihnen nicht folgen wird. Der Fraktions- und Reichstageskomitee hilft wie noch nie. Es gibt in der Reichstagesopposition der Deutschen Reichspartei nicht zwei Abgeordnete, die ernstlich ein Regieren mit den Nationalsozialisten, zumindest mit den 107 Jünger-Blumen, die uns als Abgeordnete besetzt worden sind, für möglich halten.

Schließlich wird man auch von der Wirtschaftspartei behaupten dürfen. Die Abstimmungs-Theorie, die die Mittelparlament 1925 und 1927 veranlaßt, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen, konnte bei den damals gegebenen Verhältnissen nützliche Resultate ergeben. Sie kann aber unter völlig anderen Verhältnissen nicht herangezogen werden angenommen werden. Gegenwärtig sind am Sonntag in einer Wirtshausversammlung gefordert, daß die Wahlen vom 14. September eine Erneuerung des Reichstages befehleeres um 600 000 Männer und Frauen eintragen haben.

Das Schreckensgefängnis von Breit-Vitowst

Furchtbare Leiden der polnischen Oppositionsführer

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 8. DEZEMBER

Obwohl ein Teil der zu Beginn des polnischen Weltkriesspiels verhafteten und in der Gefangenschaft internierten Oppositionsführer nach den Wahlen gegen Kauton auf freien Fuß gesetzt worden waren, hat man bisher von keinem von ihnen eine genaue Schilderung über die Behandlung der politischen Gefangenen im Wirtshausgefängnis von Breit-Vitowst können. Viele Schwermüdigkeit ließ sich nur schwerlich auf nicht gutes Schicksal und alle möglichen Gerüchte über Schikanen und kaiserliche Behandlung lassen sich Wachen am. Aber jedoch liegt der angelegene und vollständigste frühere Senator, der Richter Andreus Strug in dem sozialistischen Blatt „Kobornik“ mitteilt, übertrifft bei weitem die schlimmsten Vermutungen. Strug erzählt, daß es auch heute noch nicht möglich ist, die volle Wahrheit zu sagen, denn ein Teil der Gefangenen — unter denen sich bekanntlich verschiedene frühere

Was uns eine nationalsozialistische Regierung kosten würde, ist nicht auszusagen.

In Wahrheit wollen die parlamentarischen Gruppen in der linken Reichstagesopposition gegen den Sturz des Kabinetts-Umbildung und nicht die Revolution mit dem Nationalsozialisten. Dr. Dingelbren, der sich heute dem Reichsanwalt in seiner Eigenschaft als Partei- und Fraktionsvorsitzender vorstellt, hat das jüngst in seiner Rede vor dem Zentralrat der Deutschen Reichspartei unmissverständlich bargelegt und am Sonntag in Wirtshaus mit anderen Worten wiederholt.

Aber je drängen auf eine Umgestaltung des Kabinetts, nicht nur durch die Wiederbeziehung der freigeordneten Parteifunktionäre (Wirtshaus und Justiz), sondern auch durch einen personellen Wechsel in anderen Reichsministerien. Ihr gemeinsamer Wunsch ist, daß Reichsinnenminister Dr. Bittig durch einen mehr rechts orientierten Vertreter ersetzt wird. Die Gruppen treffen sich nicht alle in den Familien. Dr. Curtius aus dem Sozialistischen Tag zu drängen. Als Wirtshaus treten dabei die Christlich-Sozialen auf, denen die Wirtshaus gefürchteter wird, eine außenpolitische Debatte in dieser Woche durchzuführen und sie mit einem Wirtshausantrag gegen den Reichsinnenminister zu führen.

Jüngst haben sie sich mit einem Antrag begnügt, der die Aufhebung der Reichsregierung enthält, „währenddessen in die Erörterung der Sozialisten mit dem am Montag-Plan festgestellten Wirtshaus einzutreten und dazu alle innerpolitischen Maßnahmen, die zum Erfolg nicht sind, zu treffen“. Es ist noch keineswegs sicher, daß die Durchführung einer Ausrede über die Außenpolitik zum Reichstage befehleeren werden wird. Dr. Curtius hat erwidert, sie bis Anfang Februar, also bis nach der Center Staats-Tagung, zu verschieben. Der Reichsinnenminister, dem ein ungenügend größeres Informationsmaterial zur Verfügung steht und der auch genau über die Ergebnisse seiner Gespräche unterrichtet ist, die nur etwa zwei Wochen mit Hrn. Sarrillon des Hrn. Partier Bundes-Referat geführt worden sind, hat seine guten Gründe, daß ihm nicht gerade jetzt durch Temperamentsausbrüche des Reichstages das Konzept vollständig verwerben wird.

Der Reichstag kann sich auch nicht leicht zu wiederholen. Die Wirtshausanträge vom 1. Dezember entgegen nicht nur innerpolitischen Motiven; auf den engen Zusammenhang mit der auswärtigen Politik hat der Reichsanwalt auch im Reichstag nachdrücklich hingewiesen. Die Reichstagesopposition parlamentarischen Gruppen, die der Wirtshausanträge die Mehrheit von 36 Stimmen (nach dem endgültigen Ergebnis) verfehlt haben, kläre vergeblich, ein großer Aufwand wäre nutzlos orten, wenn der Reichstag die Warnung Dr. Weimanns in den Wind schlagen würde, sich in der auswärtigen Politik nicht in Abenteuer einzulassen. Die Mehrheit, die am Sonnabend die Wirtshausanträge befehleeren, das Kabinetts-Umbildung am Fieber gelassen hat, ihr ihr Wert erfüllt vollendet haben, wenn sie am Dienstag wieder folgt, daß der Reichstag bis zum Februar in dem Reichstag geht. Dann wird es an der Zeit sein, bei der eigentlichen Verlegung des Budgets über die Bilanz der auswärtigen Politik zu sprechen. M. R.

Wirtshaus, Frontoffiziere aus den polnischen Gefangenen und den Frontangestellten des Krieges gegen die Bolschewisten und andere Arbeiter befinden — halten auch ihren nächsten Freunden gegenüber noch mit der Schilderung über, welche, besonders deprimierende Vorgänge zurück. Andre elatante Zustand hatte er kurz, damit seine Beruflichkeit nicht der Gefahr verfallt. Erhaben ist die gesamte Auflage der Zeitung (sozialistische) abgelesen worden. Nur wenige Exemplare sind diesem Schicksal entgangen und gehen jetzt in dem Reichstag zu Grunde. Wirtshaus heißt es bausen. Alle Gefangenen werden zwei Monate lang systematisch untergebracht. Man gab ihnen nur ausgereicht pflichtende Kost, die ungenügender war, und auch davon nur ganz wenig. Brot nicht einmal den dritten Teil der Soldatenration, Biele von den Gefangenen kamen nur Sungen das Stroh ihrer Wirtshaus. Erst am 8. November ab (14 Tage vor der Entlassung) erhielten sie normale Soldatenkost. Fast alle wurden gefoltert und geschlagen, die meisten ermordet. Ein Teil wurde